

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Streitigkeiten innerhalb der BNP

Die Kampagne der größten Oppositionspartei Bangladeshs, der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), die seit 20 Monaten regierende 'Awami League' unter Premierministerin Sheikh Hasina zu Fall zu bringen, wird zunehmend durch eigene innerparteiliche Querelen unterminiert. Die interne Revolte entzündete sich am Abgeordneten Mohammad Akhtaruzzaman, der die Entscheidung der Parteispitze kritisierte, nicht mehr an den Parlamentssitzungen teilzunehmen. Diese Kampagne wird mit angeblichen Repressalien, verbunden mit Verhaftungen und Folterungen von BNP-Parteimitgliedern durch die Polizei, dem unakzeptablen Vertrag mit Indien zur Verteilung des Ganges-Wassers und der Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit Vertretern der Chakma-Rebellen begründet.

Akhtaruzzaman fordert von seiner Partei ein Ende der Blockadepolitik und die Teilnahme der Abgeordneten an den Parlamentssitzungen. Seine Forderung wird von mindestens 30 der insgesamt 113 BNP-Abgeordneten unterstützt. "Ich habe mich in einem Brief an die Parteivorsitzende, Begum Khaleda Zia, dafür eingesetzt, den Boykott zum Wohle der Demokratie und der politischen Zukunft unserer Partei zu beenden", erklärte der Abgeordnete.

Eine Revolte innerhalb der BNP schwelt schon seit August letzten Jahres, als die Entscheidung der Parteiführung bekannt wurde, die Sitzungen des Parlaments zu boykottieren. Aber nicht nur diese Vorgehensweise stößt bei vielen Parteipolitikern auf Kritik. Auch die Zusammenarbeit der BNP mit der islamistischen 'Jamaat-i-Islami' und zahlreichen Politikern, die unter der Militärregierung des Ex-Präsidenten Ershad aktiv waren, ist vielen ein Dorn im Auge. Jedoch konnten sich die internen Kritiker bisher nicht durchsetzen, da ihnen sofort mit einem Parteiausschlussverfahren gedroht wurde, was der Parteiführung wiederum den Vorwurf brachte, undemokratisch zu agieren.

Die Querelen innerhalb der BNP hat die Partei stark geschwächt. Insofern ist es auch fraglich, ob neue Demonstrationen und Streiks, zu denen die BNP wieder aufgerufen hat, von Erfolg gekrönt sein werden. Parteiführerin Begum Khaleda Zia, will die Regierung durch neue Aktionen in die Knie zwingen und

Neuwahlen erreichen, die unter normalen Umständen nicht vor 2001 stattfinden würden. Ihre Position ist jedoch innerhalb der Partei zunehmend umstritten, und sie wird auch vom westlichen Ausland und internationalen Geberorganisationen aufgefordert, wieder am parlamentarischen Prozeß teilzunehmen. "Der Wind ist der BNP bei ihren Anti-Regierungs-Aktionen aus den Segeln genommen worden", kommentierte die einflußreiche bengalisch-sprachige Tageszeitung 'Ittefaq'.

Unterdessen hat Premierministerin Sheikh Hasina Minister Mohammad Nasim damit beauftragt, mit der BNP über ein Ende ihres Boykotts zu verhandeln. "Wir wissen, daß die BNP in großen innerparteilichen Schwierigkeiten steckt. Wir wollen dies jedoch nicht zu unserem Vorteil ausnutzen", bemerkte Nasim. "Unsere Partei sähe es viel lieber, wenn die BNP ihrer Rolle als derzeitige Oppositionspartei im Parlament nachkommen würde", fügte er hinzu.

Entschuldigung gefordert

Bangladesh hat von Pakistan eine Entschuldigung für die Greuelaten an der Zivilbevölkerung gefordert, die das pakistanische Militär während des Befreiungskrieges von 1971 begangen hatte. Die Regierung von Bangladesh begrüßte

in diesem Zusammenhang die Erklärung des pakistanischen Premiers Nawaz Sharif, der Ende Januar in Islamabad mitteilte, daß er sich für die Verurteilung der an den Greuelaten beteiligten einsetzen werde. Der pakistanische Premier ist der erste Führer des Landes, der solche Exzesse gegenüber der bengalischen Bevölkerung zugab. Schätzungen gehen von etwa drei Millionen betroffenen bengalischen Zivilisten aus. Bangladesh ist der Ansicht, daß die pakistanischen Streitkräfte einen Genozid an der bengalischen Bevölkerung begingen, um eine Sezession des pakistanischen "Ostflügels" zu verhindern. So habe sich die pakistanische Armee an Brandschatzungen, Plünderungen und Vergewaltigungen beteiligt.

Pakistans Premier Sharif deutete außerdem an, er sei bereit, die in Bangladesh verbliebenen 238.000 sogenannten Biharis ("gestrandete" Pakistanis) aufzunehmen. Die Frage der Rückführung dieser Bevölkerungsgruppe von Bangladesh nach Pakistan belastet das Verhältnis der beiden Länder seit der Entstehung des neuen Staates Bangladesh. Das Problem der Biharis wurde auch auf einem Zusammentreffen der Premierminister beider Länder Mitte Januar in Dhaka diskutiert. Bangladeshs Premierministerin Sheikh Hasina betonte, die Unterstützung der mehr als



Die Protestaktionen für und gegen die Regierung gehen weiter (Foto: Pavel Rahman)

200.000 Biharis stelle eine große finanzielle Bürde für ihr Land dar.

ULFA-Anführer verhaftet

Die Polizei in Dhaka hat mitgeteilt, sie habe ein führendes Mitglied der 'United Liberation Front of Assam' (ULFA), der Rebellengruppe, die für zahlreiche Morde und Brandstiftungen im ölreichen indischen Bundesstaat an der Grenze zu Bangladesh verantwortlich ist, in Haft genommen. Anup Chetia alias Golap Barua, der gemeinsam mit zwei Komplizen Ende Dezember im Stadtteil Mohammadpur verhaftet wurde, ist der Generalsekretär der Aufständischen. Beamte des Innenministeriums erklärten, Chetia werde illegale Einreise und Aufenthalt in Bangladesh ohne die erforderlichen Papiere vorgeworfen. Der Rebellenführer wartet im Hochsicherheitsgefängnis auf seinen Prozeß. Indien hat die Auslieferung von Chetia beantragt, der dort wegen zahlreicher Vergehen einschließlich bewaffneter Aufrührers gesucht wird. Indische Behörden verlangen außerdem, den Gefangenen zu sehen, damit sie entscheiden können, ob es wirklich Chetia ist oder sich jemand für ihn ausgibt. Bangladesh besteht darauf, daß Chetia zunächst in Dhaka der Prozeß gemacht wird und über das Auslieferungsgesuch frühestens nach Abschluß dieses Verfahrens entschieden werden kann. Mittlerweile hat eine Menschenrechtsorganisation in Bangladesh ihre Besorgnis über den Verbleib von Chetias Frau zum Ausdruck gebracht. Sie soll ebenfalls inhaftiert worden sein, was aber von offizieller Seite weder bestätigt noch dementiert worden ist (siehe auch das Länderportrait 'Assam' im Indienteil dieser Ausgabe).

Stammesrebellien der 'Shanti Bahini' sollen ihre Waffen abgeben

Die Guerilleros der 'Shanti Bahini' in den Chittagong Hill Tracts werden ab Februar im Rahmen einer Generalamnestie ihre Waffen übergeben. Hintergrund ist die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der Regierung Bangladeshs und den Rebellenführern. In der ersten Phase werden 600 Mitglieder der Guerilla-Gruppe in einem Fußballstadion im Distrikt Khagrachari die Waffen niederlegen, im Laufe des Monats sollen 1.400 weitere folgen. Premierministerin Sheikh Hasina wird bei der zeremoniellen Waffen-Rückgabe anwesend sein, ebenso Vertreter von Armee, paramilitärischen Kräften und Polizei. Auf Seiten der Rebellen wird der 'Shanti Bahini'-Chef Bodhipriyo Larma seine Leute anführen.

Unter den Vereinbarungen, die einen 22jährigen Krieg mit geschätzten 10.000

- vor allem zivilen - Opfern beenden, werden die drei Distrikte Rangamati, Bandarban und Khagrachari administrative Autonomie erhalten. Außerdem sieht der Friedensvertrag vor, daß der Zuzug bengalischer Muslime aus der Ebene gestoppt wird. Bisherige Siedler können aber bleiben. Der Frieden wird von der größten Oppositionspartei, der 'Bangladesh Nationalist Party' und ihren islamistischen Verbündeten von der 'Jamaat-i-Islami' als "Ausverkauf nationaler Interessen" bekämpft.

Wirtschaftsgipfel dreier Nationen

Ein Wirtschaftsgipfel Mitte Januar in Dhaka brachte erstmals die Premierminister Pakistans, Indiens und Bangladeshs zusammen, um ausschließlich über Wirtschafts- und Handelsfragen zu beraten. Bei der Zusammenkunft ging es vor allem um die Frage von Investitionen, die Verbesserung des regionalen Handels und den Abbau von Handelshemmnissen zwischen den drei Staaten. Indien, das gegenüber Bangladesh einen großen Handelsüberschuß erwirtschaftet, ist bereit, die Zölle für Waren aus Bangladesh zu senken. Der pakistanische Premier Sharif setzte sich für die baldige Umsetzung einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft ein. Außer den Regierungschefs nahmen auch führende Wirtschaftsvertreter und Industrielle aus den drei Ländern an dem Gipfel teil. Die Zusammenkunft endete mit einer gemeinsamen Erklärung, in der zum Ausdruck kommt, daß die drei Länder gemeinsam über einen riesigen, etwa eine Milliarde Menschen umfassenden, potentiellen Verbrauchermarkt verfügen. Dies sollte gerade auch ausländische Investoren dazu ermuntern, in der Region zu investieren.

epd

Entwicklungs-

POLITIK

Das Forum zur Nord-Süd-Politik
- kritisch seit 1970 -



Tatsachen, Thesen, Trends

Zweimal monatlich rund sechzig Seiten
Information, Analyse und Dokumentation im
Fachinformationsdienst des Evangelischen
Pressedienstes (epd)

Themen der neuesten Ausgaben:

23/24/97: Wo steht die Solidaritätsbewegung?
22/97: Globalisierung und Dezentralisierung; Lehren aus der Goethe-Zeit
20/21/97: Zukunftsfähigkeit und Frieden nicht ohne Kulturdialog; Human Development-Konzept kontrovers
19/97: Verhaltenskodex für das Recht auf Nahrung

Außerdem in jeder Ausgabe Beiträge zur
Medienkritik, Rezensionen sowie Hinweise
auf Hörfunk- und Fernsehsendungen mit
Dritte Welt-Bezug.

Bestellen Sie ein kostenloses
Probeheft!

Einzel-/Doppelheft: 6,-/8,- DM plus Versand
Abonnement: 127,20 DM (einfach)
206,40 DM (mit Abdruckrecht)

epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt
Fax: 069/580 98-100